

Sachsen-Zeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft, Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Die „Sachsen-Zeitung“ erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Preis: Bei Abholung in den Geschäftsstellen und Ausgabestellen 2.— Mark im Monat, bei Zustellung durch die Post 2.30 Mark, bei Postbestellung 2.50 Mark. Einzelnummern 15 Pf. Ferner: Früher: Wilsdruffer Tageblatt



Angelagerter: die 8spaltige Kennzettel 20 Goldpfennig, die 2spaltige Teile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 1spaltige Reklameteile im letzten Teile der Zeitung 100 Goldpfennig. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6

Nr. 61 — 83. Jahrgang.

Verl.-Anst. „Sachsen-Zeitung“

Wilsdruff-Dresden.

Postfach: Dresden 2640

Mittwoch, 12. März 1924

Der Wahltermin.

Aus parlamentarischen Kreisen wird zu den Auseinandersetzungen über den Wahltermin zum Reichstag geschrieben:

„Bursche, ihr wollt wohl ewig leben!“ rief beinahe König Friedrich der Große bei Hochkirch seinen Soldaten zu, als er die Flüchtenden zum Stehen zu bringen versuchte. Man möchte es zum Reichstag auch sagen. Fast alle Parteien, deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Zentrum und Demokraten haben offiziell wie inoffiziell erklärt und erklären lassen, daß Schluß gemacht werden soll. Auch Dr. Breitscheid, der Redner der Sozialdemokraten, äußerte neulich, er wolle die oppositionelle Haltung seiner Partei durchführen „auf jede Konsequenz hin“ und die Regierung Marx hat sich gleichfalls sehr energisch für eine baldige Auflösung ausgesprochen. Sie kann ja auf eine tragfähige Mehrheit im Parlament nicht mehr rechnen. Und dies Parlament befindet sich zusehends im Stadium der Selbstauflösung, weil die Mehrheit der Abgeordneten auf Baharheit sind.

Um so merkwürdiger verhält es, daß jetzt Gerüchte aufkommen, der Reichstag werde vorläufig nicht aufgelöst oder, wenn dies geschieht, dann würde der Wahltermin weiter hinausgeschoben werden, als es die Verfassung zulasse. Dazu müßten sich allerdings, da es ein verfassungsänderndes Gesetz ist, Mittelparteien und Sozialdemokraten zusammenschließen; aber eine solche Wahlhau würde doch ein allzu schlechtes Licht auf die Zukunft werfen, mit der jede Partei in die Wahl geht. Glaubt sie selbst nicht an einen Erfolg — und das zu behaupten, würde man durch solche Wendungen dem Gegner allzu leicht machen! — so schadet sie sich massenpsychologisch selbst und die Zukunft auf einen Sieg ist schon halber Sieg. Der letzte Termin, bis zu dem der Reichstag tagen konnte, ist ja der 6. Juni, an dem er den vierten und damit verfassungsmäßig letzten Jahreskongress seiner Wahl feiern kann.

Man bricht im Reichstag nun davon, daß das Hindernis der Auflösung der Reichspräsident selbst sei. Er hat nämlich von einem der sozialdemokratischen Partei angehörigen Berliner Justizrat Silberstein eine Denkschrift erhalten, die darin gipfelt, daß die Reichstagsauflösung durch den Reichskanzler Marx verfassungsmäßig und zulässig sei, wenn etwa der sozialdemokratische Antrag auf Überweisung der Abänderungsanträge zu den Notverordnungen an eine Kommission oder gar ihre Annahme vom Reichstag beschlossen wird. Denn damit sei der Regierung Marx ein Mißtrauensvotum des Reichstages ausgesprochen, und nach der Verfassung bedürfe die Reichsregierung für ihre Amtsführung des Vertrauens des Reichstages.

Diese Ansicht ist durchaus nicht von der Hand zu weisen; wenn die Verfassung sagt, die Reichsregierung müsse zurücktreten, wenn ihr der Reichstag sein Vertrauen versagt oder sein Mißtrauen ausdrückt, so steht freilich im deutschen Parlaments- bzw. Verfassungsleben noch nicht fest, wie dieses Mißtrauen zum Ausdruck kommt. Vorwärts würde in einem solchen Falle ein ausdrückliches Vertrauensvotum stellen oder — was damit gleichbedeutend ist — eine „Tagesordnung beantragen“, was er ja gerade in letzter Zeit unzählige Male getan hat. Bei uns gibt es hier eben noch eine Lücke, die erst durch die Entwicklung auszufüllen ist.

Angenommen, diese Ansicht Silbersteins ist richtig, so könnte Marx als letzten Termin der Auflösung die Wahl vor der Abstimmung über jene sozialdemokratischen Anträge wählen — wenn er die Auflösungsorder in der bekannten „roten Tasche“ hat. Er hat sie aber nicht, noch nicht und vom Reichspräsidenten hängt also die Entscheidung ab. Er wird sich damit allerdings sehr stark in den Mittelpunkt parteipolitischer Diskussionen und Angriffe stellen.

Ran wird auch bereits der Mai für „unopportum“ erklärt. Da ist als erster Sonntag der 4. Mai, der von den Gemeindevätern besetzt ist. Eine Reichstagswahl in diesem Tage würde zu Irrungen und Wirrungen führen; und am 11. Mai zu wählen, sei gleichfalls nicht zweckmäßig, weil man den deutschen Wähler nicht zweimal hintereinander an die Wahlurne bekommt. Außerdem ändern an diesem Tage die französischen Wahlen statt. Und mit diesen wolle man doch nicht „in Konkurrenz treten“, wolle vielmehr ihre Auswirkungen abwarten. Und man spricht daher sehr von Wahlen im Juni.

Gerade die Rücksicht auf das Ausland spielt eine recht erhebliche Rolle nicht bloß in dieser Frage, sondern bei der Wahltagitation überhaupt. Von den Anhängern der Mitte und der Sozialdemokratie wird darauf hingewiesen, daß jede Stimmabgabe für die Extremen rechts und links eine Stärkung der nationalistischen Instinkte in Frankreich bedeute. Das scheint zum mindesten fraglich, denn bei den französischen Wahlen entscheiden doch ganz andere Dinge als etwa vorhergehende Wahlen in Deutschland. Im übrigen ist ein solches Argument sehr zweischneidig; denn Stresemann hat in seiner neulichen Reichstagsrede mit Recht betont, daß in Deutschland nichts eine Staatsform oder eine Regierung mehr kompromittieren könne, als wenn ihre Erhaltung „im Interesse des Auslandes liegend“ hingestellt wird.

Dr. v. Kahr vor den Richtern.

Ankläger? — Zeuge? — Angeklagter?

(Eigener Fernsprechkreis der „Sachsen-Zeitung“.)

München, 11. März. Die heutige Verhandlung im Hilderprozeß begann sofort mit der Vernehmung des Herrn Dr. v. Kahr. Der Vorsitzende macht Dr. v. Kahr darauf aufmerksam, daß er unbedeutend vernommen wird, da die äußeren Umstände eine gewisse Beteiligung an den Vorgängen erkennen ließen und da inzwischen gegen ihn ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden sei. Dr. v. Kahr führte bei seiner Vernehmung aus: Ob vereidigt oder unvereidigt, ist mir nur das auszuweisen, was ich für wahr halte. Der Antritt seines Amtes als Generallandschaftskommissar am 29. September sei in der schwierigsten politischen Lage im Reich und in Bayern, im Zustande des Verfalls der Wirtschaft und angesichts erster sozialer Unruhen erfolgt. In Bayern glaubten die Kreise um Hitler, die Krise unter Hintersetzung über die Staatsordnung als reine Nachfrage in der Hauptsache mit den Waffen lösen zu können. Die wirtschaftlichen Zustände waren so ernst wie die politischen. Die Errichtung der Rentenbank wurde durch die schweren politischen Verhältnisse verzögert. Viele Kreise drängten auf ein selbständiges Vorgehen Bayerns in der Währungsfrage. Ich bin diesen Streben entgegengetreten. Auch bei den wirtschaftlichen Maßnahmen hat sich gezeigt, daß Bayern auf das innigste mit den Lebensinteressen des ganzen Reiches verknüpft ist. Am empfindlichsten waren zu jener Zeit die sozialen Verhältnisse. Die Arbeitslosigkeit nahm immer mehr zu. Die Unruhen nahmen Ende Oktober einen ersten politischen Charakter an. Angesichts dieser Zustände entstand für Bayern die Aufgabe, die Staatsautorität unbedingt zu sichern und alle Kräfte zusammenzufassen, um sie zur Wiederherstellung der Ordnung im Reich einzusetzen. Es schien auch als brennende Notwendigkeit, daß zur Lösung des Währungsproblems ein unparteiliches Direktorium geschaffen wurde. Die Bestrebungen sind auch nicht hinter dem Rücken der bayerischen Regierung betätigt worden. Ich habe Hitler erst am 8. November abends wieder gesprochen. Meine Beziehungen zu General Ludendorff waren rein gesellschaftliche. Ich war mir vollkommen klar, wie dies auch von Ludendorff und Essler stets betont wurde, welche unheilvolle Folgen ein bayerischer Marsch nach Berlin für Bayern, für den Bestand des Reiches und für die ganze nationale Bewegung im Reich haben müßte. Es mußte überdies mit einer militärischen Aktion Frankreichs, vielleicht mit einer Besetzung wichtiger Handelsstädte, Einmarsch der Tschechen und Polen und damit gerechnet werden, daß einem solchen Eingreifen von den übrigen Ententemächten nicht entgegengetreten würde. Der Vormarsch Hitlers mußte nach unserer Auffassung zu einem zweiten Kriege von 1806 werden und dazu führen, daß das in mißvollener Arbeit von General v. Seeckt und seinen Offizieren aufgebaute Instrument der Reichswehr zerfallen würde. Ich habe nach Übernahme des Generallandschaftskommissariats die Vertreter sämtlicher vaterländischer Verbände am 27. September zu mir eingeladen. Es war die erste Besprechung, die ich in meinem neuen Amte hatte. Ich habe in Kürze das nationale Ziel meiner Arbeit für Bayern und das Reich dargelegt und darauf hingewiesen, daß die Unterstützung der nationalen Verbände und Kreise für diese Arbeit außerordentlich wichtig und wertvoll sei. Ich habe auch keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Staatsautorität wieder zu ihrem Rechte kommen muß. v. Seeckt und Essler erklärten, daß die Reichswehr und die Landespolizei auf der Seite des Generallandschaftskommissariats stehen. Die Vertreter der vaterländischen Verbände, mit Ausnahme des Kampfbundes, hatten erklärt, daß sie sich ebenfalls dem Generallandschaftskommissar zur Verfügung stellen und daß sie dessen Arbeit, soweit es in ihren Kräften stünde, unterstützen wollten.

(Schluß des telephonischen Berichtes. — Weiteres morgen.)

Reichstagsstimmungsbild.

Am Montag trat der Reichstag in die dritte Lesung des Notetats ein. Zu Beginn der Sitzung gab Außenminister Dr. Stresemann eine Erklärung gegen den Breslauer Professor Freitag-Loringhoven ab, der in einer Versammlung eine Presseerklärung wiedergegeben hatte, wonach Dr. Stresemanns Schwiegermutter der Hauptaktionär der tschechoslowakischen Elbawerke sei. Man glaubt aus dieser Tatsache dem Außenminister bezüglich seiner Einstellung zu Frankreich Vorwürfe machen zu können. Der Außenminister stellte fest, daß sein Schwiegermutter seit 20 Jahren tot sei und daß in seiner Familie keine einzige Elbawerke vorhanden sei. Der deutschösterreichische Abgeordnete Düringer leitete dann die dritte Lesung des Notetats ein und besprach besonders die Aufwertungsfrage. Hier nahm er gegen seine Fraktion und die Regierung Stellung und veranlaßte den Reichsjustizminister zu einer Erwiderung, in der die Behauptungen Düringers zurückgewiesen wurden. Als dritter Redner der Sozialdemokraten sprach Scheidemann, der an den Anträgen der Sozialdemokratie festhielt. Er bezeichnete sie als maßvoll und sachlich begründet und ging dann polemisch auf die Berliner Vorgänge im Oktober und November 1918 ein, richtete heftige Angriffe gegen die Rechten, denen

Reichstagsauflösung am Donnerstag?

(Eigener Fernsprechkreis der „Sachsen-Zeitung“.)

Berlin, 10. März. Wie wir aus zuverlässigen Kreisen erfahren, hat der Reichskanzler heute in einer Besprechung mit den Fraktionsführern mitgeteilt, daß die Reichsregierung nunmehr doch die Absicht habe, am Donnerstag den Reichstag aufzulösen und die Neuwahlen am 11. Mai stattfinden zu lassen. Der Anlaß der Auflösung dürfte sich daraus ergeben, daß ein Antrag der Mittelparteien auf Übergang zur Tagesordnung über die sozialdemokratischen und deutschnationalen Aufhebungs- und Abänderungsanträge zu den Notverordnungen der Regierung voraussichtlich abgelehnt wird. In parlamentarischen Kreisen hält man es für ausgeschlossen, daß die Auflösung noch vermieden werden kann durch die Annahme von Anträgen, mit dem der Reichstag selbst seine Lebensdauer beschränkt.

Fortdauer des Leipziger Metallarbeiterstreiks.

(Eigener Fernsprechkreis der „Sachsen-Zeitung“.)

Leipzig, 11. März. Die Leipziger Metallarbeiter beschlossen in mehreren gestern abgehaltenen Versammlungen, den Streik weiter fortzusetzen. Dadurch wird das Ende des Streiks, an dem über 20 000 Personen beteiligt sind, in weite Ferne gerückt, zumal der Verband der Leipziger Metallindustriellen in seiner Sonnabendbesprechung beschlossen hat, den Kampf um die Verlängerung der Arbeitszeit in der bisherigen Weise fortzuführen. Der Streik dauert bereits über sechs Wochen.

Streik im Hamburger Hafen

(Eigener Fernsprechkreis der „Sachsen-Zeitung“.)

Hamburg, 11. März. Nachdem die Hafenarbeiter gestern abend die zweite Schicht beendet hatten, sind sie in den Streik getreten. Die Arbeit im Hafen ruht vollständig. Eine von Hamburger Betriebsverwaltungen für gestern berufene Versammlung beschloß, den Betrieb soweit als möglich fortzusetzen und zwar bei einem Lohn von 5,20 Mark für die neunstündige Schicht anstatt 4,50 für die achtsündige. Der Hamburger Schlichter hat vom Reichsarbeitsminister Anweisung erhalten, sofort neue Einigungsverhandlungen anzubahnen.

Ein Vertreter des Papstes nach München abgereist.

Rom, 11. März. Der Stellvertreter des vatikanischen Staatssekretärs Monsieur Vizzardo ist nach München abgereist. Die Reise hängt jedoch nicht mit Ludendorffs Anklage gegen den Vatikan zusammen, vielmehr seinen Besprechungen mit Zentrumsführern der Respekt zu sein. Außerdem überbringt Vizzardo eine größere Summe für die Armen an der Ruhr und in der Pfalz.

Der Hamburg-Berliner D-Zug entgleist.

Hamburg, 11. März. Am Sonnabend entgleisten von dem 6.48 Uhr abends von Hamburg nach Berlin fahrenden D-Zug die beiden letzten Wagen zwischen den Stationen Kohlenfeld und Brahltsdorf. Die Ursache der Entgleisung liegt in einem Schienenbruch zu suchen. Reisende wurden nicht verletzt.

Mord an einem Zollbeamten.

Homburg, 11. März. Gestern wurde in Bruchmühlbach der in den 50er Jahren stehende Zollbeamte Schloß morgens 7 Uhr aus seiner Wohnung gerufen und als er die Tür öffnete, ohne daß ein Wort gefallen war, durch 7 Schüsse niedergestreckt. Er war sofort tot. Von dem Täter hat man noch keine Spur.

er die Schuld an dem Zusammenbrüche beimaß, besprach dann die Vorgänge im Hilderprozeß und benutzte sie zum Anlaß, um sich in schärfster Weise gegen Ludendorff zu wenden, so daß erregte Zurufe ihm antworteten. Der deutschnationale Abgeordnete nahm Gelegenheit zu einer sofortigen Erwiderung. Er hob hervor, daß Scheidemann und seine Freunde die Waffen Ludendorffs stumpf gemacht hätten und daß Scheidemann als Volksbeauftragter das Volk in den Dreck gezogen habe; das habe der ehemalige Volksbeauftragte Emil Barth deutlich ausgesprochen. Der Redner sprach die Hoffnung aus, daß die Männer, die den Novemberzusammenbruch verursacht hätten, in dem sie dem kämpfenden Heere den Dolch in den Rücken steckten, vor ein objektives Gericht gestellt werden möchten. Während die Rechte stürmisch zustimmte, wurde auf der Linken stürmischer Lärm und Widerspruch erhoben. Der Redner verlangte Aufhebung der Beamtenabänderungsordnung und begründete diese im einzelnen. Am Schluß kam es wieder zu einer Reihe persönlicher Bemerkungen über die Schuld am Kriege und über die Ereignisse der Schlusmonate des Weltkrieges. Es ist jetzt üblich geworden, daß jede Reichstagsitzung in dieser oder ähnlicher Weise schließt. Die sachliche Weiterberatung geht am Dienstag weiter.